

Politik



FRAKTIONEN ZEIGEN SICH EINIG  
**Organspende soll neu geregelt werden**

**Berlin - Nach monatelangem Tauziehen ist der Weg für eine Neuregelung der Organspende frei. Die Bereitschaft der Bürger zu einer Spende soll künftig regelmäßig abgefragt werden, etwa mit dem Versand der Versichertenkarte. Dies teilten heute die Bundestagsfraktionen mit.**

In ungewohnter Einigkeit gaben Dr. Martina Bunge (Die Linke), Gabriele Molitor (FDP), Dr. Carola Reimann (SPD), Jens Spahn (CDU) und Dr. Harald Terpe (Bündnis 90/Die Grünen) eine gemeinsame Erklärung ab. Darin heißt es, es sei vereinbart worden, zur Organspende einen Gruppenantrag aus der Mitte des Parlaments zu erarbeiten, der von allen Fraktionsvorsitzenden mitgetragen und unterzeichnet wird.

Gemeinsames Ziel ist, die Zahl der Organspender in Deutschland zu erhöhen. „Dazu sollen die Information über das und die Konfrontation mit dem Thema regelmäßiger und strukturierter als bisher erfolgen“, so die Bundestagsabgeordneten. „Dabei soll die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zur Organspende regelmäßig, etwa mit dem Versand der Versichertenkarte, und mit einer höheren Verbindlichkeit abgefragt werden, mit so viel Nachdruck wie möglich, ohne jedoch eine Antwort zu erzwingen oder Sanktionen auszuüben.“ Die fünf Gesundheitspolitiker kündigten an, sie würden bis Jahresende einen konkreten Gruppenantrag als eigenständigen Gesetzentwurf erarbeiten.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sagte, dass „nur noch Detailfragen“ offen seien. Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) zeigte sich mit dem Ergebnis „sehr zufrieden“. Das Thema sei sehr wichtig und sensibel. „Wir wollen jetzt gemeinsam die konkreten Formulierungen festlegen und diese rasch ins parlamentarische Verfahren einbringen.“

Offen ist dem Vernehmen nach noch, ob man die Aufforderung zu einer Erklärung einfach weglegen kann, ohne überhaupt zu reagieren. Ebenso, ob es auch andere Wege als über die Krankenkassen geben soll, die Bürger zu einer Erklärung aufzufordern. Es handele sich um eine grundsätzliche Einigung auf die sogenannte Entscheidungslösung, sagte Steinmeier.

Steinmeier und sein Unionskollege Volker Kauder hatten einen Gruppenantrag aus den Reihen des Parlaments bereits seit längerem angekündigt. Die Gespräche zwischen den Fachpolitikern von Koalition und Opposition waren zwischenzeitlich abgebrochen worden, weil man sich über den Grad des Druckes und mögliche Sanktionen nicht einig war.

Lesen Sie hierzu auch:

[Umfrage: Große Mehrheit für Organspende-Befragung](#)

[Organspende: Kassen sollen Organspende-Bereitschaft erfragen](#)

dpa/DAZ.online / 24.11.2011, 13:47 Uhr

**Kommentare:**

Bisher keine Kommentare vorhanden.

**Kommentar abgeben:**

Name:

E-Mail:

Kommentar:

Ich akzeptiere die [allgemeinen Verhaltensregeln \(Netiquette\)](#).

Bitte geben Sie hier das [Wort](#) ein, das im Bild angezeigt wird. Dies dient der Spam-Abwehr.



Sie können die News auch als RSS-Feed abonnieren:

 [RSS-Feed Tagesnews Alle](#)

 [RSS-Feed Tagesnews Politik](#)

Hier finden Sie weitere Informationen zum RSS-Feed der DAZ.online.

---

© 2011 Deutscher Apotheker Verlag